



Kein zweites Abstimmungsdesaster als Hurra-Erfolg der GsoA und ihren bekannten Supportern!

Initiative für ein Finanzierungsverbot von Kriegsmaterialproduzenten!

Darum geht es:

Kriegsmaterialproduzenten sollen keine Kredite mehr erhalten. Der Besitz von Aktien solcher Produzenten soll verboten werden. Als Kriegsmaterialproduzenten würden gem. Initiative alle Unternehmen gelten, die mehr als 5% ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. (Kriegsmaterial wären demnach alle Komponenten und Einzelteile, die z.B. sowohl in zivilen, wie in militärischen Fahrzeugen und Flugzeugen verwendet werden können. Ein Beispiel; Spezialglas für Scheiben von Kampfflugzeugen, das auch für zivile Flug- und Fahrzeuge produziert wird.) KMU, die unter nach dem 5-Prozent-Kriterium als Kriegsproduzenten gelten würden, erhielten keine Kredite mehr!

Bei der Annahme der Initiative würde kein einziger bewaffneter Konflikt auf dieser Erde entschärft oder gar verhindert.

Aber behindert würde auch die eigene Ausrüstung und die Austauschgeschäfte mit anderen Spezialfirmen im Ausland!

Die Annahme der Initiative würde ein voraussehbares Chaos mit vielen Unbekannten anrichten:

Die Nationalbank müsste Aktien für gegen 20 Milliarden Franken verkaufen (ca 11% ihrer Aktienanlagen)

Dieser Zwang würde aber auch für die Grossanleger aus unseren sozialen Einrichtungen, vor allem AHV und allen Pensionskassen gelten.

Diese Institute sind darauf angewiesen, in der Vermögensverwaltung Aktien von stabilen, produktions-sicheren Unternehmen halten zu können. Schwache oder gar Fehlinvestitionen können sich auf die Rentensicherheit bzw. Rentenentwicklung auswirken. Eine gigantische Gefahr!

Die Nationalbank lehnt die Initiative klar ab. Die verlangte Klassifizierung auf Basis der 5%-Umsatzschwelle sei aufwendig und könne sich immer wieder verändern. (ein neues Bürokratiechaos droht) Die Diversifizierung der Aktienanlagen würde stark reduziert; entsprechend sei mit höheren Risiken und auch mit Zusatzkosten zu rechnen. Die Umsetzung der allenfalls angenommenen Initiative würde zusätzlich die Unabhängigkeit der Anlagenbewirtschaftung der SNB in Frage stellen. (Verfassungswidrig)

Grosse, starke Firmen würden den Aktienverkauf von SNB und Sozialversicherungen wohl eher problemlos überstehen. Wenn diese Aktien von zumeist renommierten Firmen mit stabilen und wachsenden Umsätzen auf den

Markt geworfen würden, müsste zwingend mit starkem Interesse von ausländischen Investoren (z.b. Chinesen!) gerechnet werden! Wem, ausser den Chinesen und der mit Links-Grün vereinigten GsoA würden solche Verschiebungen nützen? Da liegen weitere Unsicherheiten und Gefahren drin.

Die Initianten dürften sich über nicht kalkulierte (oder doch?) Kollateralschäden eher freuen, Konkurse, Arbeitsplatzverluste, Finanz- und Produktions-Kontrollverluste passen alle in die Massnahmenwunschliste gegen den verhassten (zu erfolgreichen) Nationalstaat Schweiz!

Es geht wieder einmal darum, humanistischen Bluff zu entlarven und klare saubere Informationen um die drastischen Konsequenzen zu verbreiten.

Für eine sichere, stabile, völkerfreundliche Schweiz, wie es unsere Bundesverfassung ja vorsieht!
Alexander Steinacher 31.10.2020